

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Baume-Schneider, Elisabeth (JU, sp/ps)
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 23.04.2024

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bernath, Magdalena
Buchwalder, Mathias
Bühlmann, Marc
Porcellana, Diane
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Buchwalder, Mathias; Bühlmann, Marc; Porcellana, Diane; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: , 2002 - 2019.* Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Föderativer Aufbau	1
Jurafrage	1
Wahlen	3
Wahlen in kantonale Regierungen	3
Eidgenössische Wahlen	5

Abkürzungsverzeichnis

IJV Interjurassische Versammlung

AIJ Assemblée interjurassienne

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Föderativer Aufbau

Jurafrage

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT
DATUM: 24.11.2013
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr stand die 2012 von der Assemblée Interjurassienne (AIJ), der 1994 gegründeten Tripartiten Konferenz bestehend aus den Kantonen Jura und Bern und einer Vertretung des Bundes, vorgeschlagene erneute **Juraabstimmung** an. Konkret ging es um die Frage, ob ein Verfahren, das in die Gründung eines neuen Kantons mündet, der das Gebiet des heutigen Kantons Jura und des französischsprachigen Teils des Kantons Bern – den Berner Jura – umfasst, eingeleitet werden sollte. Mitte 2012 bereiteten die Regierungen der beiden betroffenen Kantone die entsprechenden Verfassungsänderungen vor – die Absichtserklärung der beiden Kantone war noch im Februar 2012 unterzeichnet worden. Im Kanton Bern war dabei die Idee des vorgesehenen zweistufigen Verfahrens umstritten. Nach einer ersten kantonalen (Jura) bzw. gesamtregionalen Abstimmung (Berner Jura) sollten die Gemeinden innert zweier Jahre eine kommunale Abstimmung durchführen können, mit der sie abhängig vom Ausgang der Gesamtabstimmung über einen Verbleib beim Kanton Bern oder einen Wechsel zum Kanton Jura entscheiden können. Noch Ende 2012 hatte die SVP des Kantons Bern im Grossen Rat eine Motion eingereicht, mit der dieser zweite Schritt verhindert werden sollte. Die Motionäre argumentierten, dass die Gefahr eines Flickenteppichs bestünde und die Initiative für eine erneute Abstimmung zur Jurafrage gar nicht von der Bernjurassischen Bevölkerung eingereicht worden sei, sondern von oben oktroyiert würde. Die Jurafrage sei schon lange geklärt und eine Abstimmung deshalb eine unnötige Zwängerei. Die Motion war zwar mit Hilfe der BDP und der EDU noch in der Wintersession letzten Jahres angenommen worden, die Jura-Delegation des Grossen Rates – aufgrund eines Sonderstatuts haben die französischsprachigen Parlamentarier ein Vetorecht – hatte aber einen Rückkommensantrag eingelegt, so dass Ende Januar 2013 erneut darüber befunden werden musste. Eine Annahme des Vorstosses hätte Neuverhandlungen zwischen den involvierten Kantonen bedingt. Diesmal wurde die Motion allerdings mit 78 zu 74 Stimmen knapp zurückgewiesen. Die Gegner sahen es als undemokratisch an, wenn die Bernjurassier nicht selber über ihre Zukunft entscheiden könnten. Die Änderung des Gesetzes zum Sonderstatut des Berner Juras, die die Grundlage für die Juraabstimmung auf Berner Seite schuf, wurde anschliessend mit 94 zu 51 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Im Jurassischen Parlament passierte der Verfassungsartikel 139 als Grundlage für die Juraabstimmung im Nordkanton zwei Tage nach dem Berner Entscheid einstimmig und ohne Enthaltungen. Damit war der Weg frei für einen gemeinsamen Urnengang, der auf den 24. November angesetzt wurde.

Im Kanton Jura befürworteten alle Parteien mit Ausnahme der SVP einen Zusammenschluss, im Berner Jura standen vor allem autonomistische Gruppierungen für einen Kantonswechsel ein. Die Berner Kantonalparteien waren hingegen – mit Ausnahme der PSA, die für eine Fusion eintrat und den Grünen, die Stimmfreigabe beschlossen – alle für einen Verbleib der französischsprachigen Region beim Kanton Bern. Der Conseil du Jura Bernois (CJB), das Bernjurassische Regionalparlament mit Kompetenzen in Kultur- und Bildungsfragen, sprach sich Ende Juni mit 15:9 Stimmen für einen Verbleib beim Kanton Bern aus. Die Regierungen empfahlen jeweils ein Ja (Jura) bzw. ein Nein (Bern). Die in der Jurafrage seit jeher stark engagierten und in der Wahl der Mittel häufig unzimperlichen Béliers und Sangliers – erstere streben einen Grosskanton Jura an, letztere wollen den Verbleib des Berner Juras beim Kanton Bern – störten den Dialog kaum. Sie weigerten sich allerdings auch, die Charta der AIJ zu unterzeichnen (siehe unten). Eine im September vom Handels- und Industrieverein Bern durchgeführte Umfrage kam zum Schluss, dass rund drei Viertel der Gewerbetreibenden im Berner Jura den Verbleib im Kanton Bern bevorzugten. Die wichtigsten Argumente für den Anstoss eines Fusionsprozess war das politische Gewicht, welches der Berner Jura gewinnen könnte. Während der Kanton Jura von je zwei französischsprachigen National- und Ständeräten vertreten sei, werde die französischsprachige Bevölkerung des Kantons Bern durch deutschsprachige Parlamentarier beim Bund vertreten. Umstritten war, wo der Berner Jura wirtschaftlich besser aufgehoben sei. Im Kanton Jura waren seit 2000 mehr Firmen und Arbeitsplätze geschaffen worden als im Berner Jura, die Arbeitslosigkeit und die Steuerbelastung waren aber im Norden höher als im Süden. Die Staatsschulden pro Kopf lagen mit CHF -101 im Kanton Jura tiefer als im Kanton Bern (CHF -197), die wirtschaftliche Attraktivität des Kantons Bern wurde aber als höher eingeschätzt als jene des Kantons Jura.

Während die Bevölkerungszahl im Kanton Jura in den letzten Jahren zunahm (Mitte 2013 wohnten rund 71 000 Personen im Kanton Jura), stagnierte das Bevölkerungswachstum im Berner Jura (52 000 Einwohner; 5.3% der Gesamtbevölkerung von Bern). Vor allem im Kanton Jura wurde zudem betont, dass ein Ja lediglich einen Prozess für einen allfälligen neuen Kanton anstosse. Ein solcher Prozess könne auch eine grosse Chance für ein modernes Kantonsgebilde sein. Die Gegner wiesen auf die Bedeutung der Region als Sprachbrücke hin. Der Kanton Bern habe in der gesamten Schweiz mit dem französischsprachigen Norden eine zentrale kulturelle und politische Brückenfunktion inne, die mit einem Ja am 24. November verloren ginge. Die Gegner warnten zudem vor der Idee eines Warmlaufens. Ein Ja im November wäre nicht bloss eine Einleitung für einen möglichen Fusionsprozess, sondern eine entscheidende Weichenstellung. Ein Nein könnte zudem die Stärkung der Autonomierechte in der Region nach sich ziehen. Die im Spätfrühling langsam einsetzende Abstimmungskampagne verlief – anders als noch in den 1970er Jahren – auffallend sachlich. Ein Umstand der auch von der AIJ, die ihrerseits mit einer Charta für politischen Anstand warb, lobend hervorgehoben wurde. Im März war das finanzielle Engagement der beiden Kantonsregierungen ein Medienthema. Beide Exekutiven wollten sich nach den Grundsätzen der Objektivität, Transparenz und Verhältnismässigkeit für den Verbleib des Berner Juras beim Kanton Bern bzw. für einen Fusionsprozess engagieren und vor allem ihre Informationspflicht wahrnehmen. Eine Finanzierung von Abstimmungskampagnen käme nicht in Frage. Das Jurassische Pro-Komitee „construire ensemble“ gab – nach einigem Wirbel – gar eine Spende von der so genannten Wiedervereinigungsstiftung zurück. Die Stiftung hatte Ende der 80er Jahre Geld vom Kanton Jura erhalten. Die Sensibilität des Themas hat historische Wurzeln: Aus den so genannten Schwarzen Kassen hatte die Berner Regierung bei den 1970er-Plebisziten heimlich probernische Gruppierungen finanziert, was in den 1980er Jahren zum Berner Finanzskandal führte. Die Geschichte wurde auch im Berichtsjahr wieder breit diskutiert. Bereits im Juni 2013 durchgeführte, erste Umfragen liessen darauf schliessen, dass die Meinungen früh gemacht waren. Es zeichnete sich ein relativ deutliches Nein im Berner Jura und ein ebenso deutliches Ja im Kanton Jura ab. Mitte Juli verschärfte sich der Ton ein wenig. Die SVP, die junge SVP und die Sangliers machten mit provokativen Plakaten auf sich aufmerksam („non à la mafia, non au Jura“), mit denen auch Behördenmitglieder aus dem Kanton Jura diffamiert wurden; so wurde etwa Elisabeth Baume-Schneider (sp) als Hexe karikiert, die dem Berner Jura einen vergifteten Apfel überreicht. Derweil luden die Béliers ein, via Facebook Ideen für Artikel für eine neue Verfassung zu entwerfen. Im September versprach der Bund für die Abstimmung 15 unabhängige Beobachter zu entsenden, die den fairen Verlauf des Urnengangs sicherstellen sollten. Ende September veranstaltete eine Gruppe von Antiseparatisten einen Umzug auf den Pierre Pertuis, einen Pass zwischen Tavannes und Sonceboz. Trotz emotionalen und markigen Aufrufen – etwa zu „totaler Mobilisation“ – blieb die Situation friedlich. Im Kanton Jura bemühten sich die Spitzen der Politik, für ein Ja zu werben. Der Abstimmungskampf blieb aber dennoch lau; die Jurassierinnen und Jurassier schienen sich gar nicht sonderlich für die Frage zu interessieren. Eine Mitte Oktober veröffentlichte Studie zeigte anhand von Abstimmungsergebnissen zu eidgenössischen Abstimmungen, dass der Berner Jura im Stimmverhalten grössere Ähnlichkeit mit dem Kanton Jura als mit dem restlichen Kanton Bern zeigt. Allerdings wurden dabei auch thematische und vor allem kommunale Nuancen sichtbar. Die grösste Übereinstimmung zeigte sich wenig überraschend in Moutier. Für etwas Wirbel sorgte eine Mitte Oktober an alle Haushalte im Berner Jura verschickte Broschüre von „construire ensemble“, in der mit einem finanziellen Gewinn für den Berner Jura geworben wurde, der sich bei einer Fusion dank höherer Zahlungen aus dem Finanzausgleich einstellen würde. Auch die Béliers machten auf sich aufmerksam, indem sie regionale Einrichtungen symbolisch mit Ketten verschlossen, um darauf hinzuweisen, dass diese vom Kanton Bern zu wenig unterstützt würden. Für einiges Aufsehen sorgte zudem die in einem Interview mit Le Temps Anfang September gemachte Aussage der Freiburger Regierungsrätin Isabelle Chassot (cvp), die ein Zusammengehen empfahl. Dies hatte – nach einer Interpellation im Berner Grossrat – gar einen interkantonalen Briefwechsel auf Regierungsebene zur Folge. Zwei weitere rund einen Monat vor der Abstimmung durchgeführte Umfragen bestätigten die Trends vom Juni: Einem massiven Ja im Kanton Jura (rund 70 bis 75%) stand ein allerdings nicht mehr so deutliches Nein (rund 55 bis 60%) im Berner Jura gegenüber. Darüber hinaus liess sich eine sehr knappe Entscheidung im Städtchen Moutier absehen. Die Umfrageprognosen bestätigten sich am Abstimmungssonntag vom 24. November. Allerdings war das Nein im Berner Jura wesentlich massiver als erwartet: 71,8% der Bernjurassier verwarfen die Fusionspläne. Die Stimmbeteiligung lag bei hohen 72,7%. Noch deutlicher war das Resultat im Kanton Jura, wo sich 76,6% der teilnehmenden Stimmberechtigten – die Beteiligung lag hier bei 64,2% – für einen Fusionsprozess aussprachen. Alle Jurassischen Gemeinden wiesen Ja-Mehrheiten auf. Die

Enttäuschung auf Jura-Seite und die Freude auf Berner Seite waren gross. Damit war die Jurafrage, wie von vielen gewünscht, allerdings nicht vom Tisch, da sich Moutier mit 55% Ja-Stimmenanteil für einen Fusionsprozess aussprach und sich in der Nachbargemeinde Belprahon ein Patt ergab: je 110 Stimmberechtigte stimmten für bzw. gegen den Prozess. Dadurch haben beide Gemeinden die Möglichkeit, eine kommunale Abstimmung zu organisieren, mit der über eine gemeindeweise Fusion mit dem Kanton Jura entschieden werden soll. Das genaue Verfahren war allerdings noch offen. Am Abend der Abstimmung kam es zwar vereinzelt zu Provokationen der Pro-Berner in Moutier, insgesamt wurde der Abstimmungsprozess aber sowohl von den Abstimmungsbeobachtern des Bundes als auch in der internationalen Presse als vorbildlich bezeichnet. Das deutliche Nein warf bereits seine Schatten auf die im März 2014 anstehenden Kantonalberner Gesamterneuerungswahlen voraus. Allgemein wird erwartet, dass die Regierungsratswahlen aufgrund des Jura-Sitzes entschieden werden. Der Berner Jura hat dank seines Autonomiestatus einen garantierten Regierungssitz.¹

Wahlen

Wahlen in kantonale Regierungen

WAHLEN
DATUM: 10.11.2002
MAGDALENA BERNATH

In den Wahlen vom Herbst **beabsichtigte die CVP, ihre absolute Mehrheit in der 5-köpfigen Regierung zu verteidigen**. Neben den Regierungsräten Jean-François Roth und Gérald Schaller schickte sie Kantonalpräsident Charles Juillard, Madeleine Amgwerd und Vincent Gigandet ins Rennen, welche den Sitz von Pierre Kohler verteidigen sollten; dieser hatte überraschend auf eine weitere Amtsperiode verzichtet. Die SP trat mit Regierungsrat Claude Hêche, Ständerat und Stadtpräsident von Delémont Pierre-Alain Gentil und Co-Kantonalpräsidentin Elisabeth Baume-Schneider an. Für die FDP kandidierten Regierungsrätin Anita Rion, Alt-Nationalrat und Kantonsparlamentarier Alain Schweingruber und Martine Rossier. Die CSP, die seit der Kantonsgründung 1978 bis 1993 in der Regierung vertreten gewesen war, versuchte mit der Kandidatur von Kantonsparlamentarier Laurent Schaffter, in die Exekutive zurückzukehren. Im ersten Wahlgang vom 20. Oktober erreichte keiner der Kandidierenden das absolute Mehr. An der Spitze lagen die drei Bisherigen Jean-François Roth (cvp), Claude Hêche (sp) und Gérald Schaller (cvp), darauf folgten die Sozialdemokratin Elisabeth Baume-Schneider, der Christdemokrat Charles Juillard und der Christlichsoziale Laurent Schaffter. Die freisinnige Regierungsrätin Anita Rion musste sich mit dem siebten Rang begnügen. Um die Chancen der Bürgerlichen für den zweiten Wahlgang vom 10. November zu verbessern, ging die ehemals separatistische CVP erstmals eine Allianz mit der ehemals antiseparatistischen FDP ein. Das Resultat fiel überraschend aus: Das beste Ergebnis erzielte mit 48,8% der Stimmen der Sozialdemokrat Claude Hêche; er verwies die Christlichdemokraten auf die Ehrenplätze (Jean-François Roth: 43,8%; Gérald Schaller: 42,6%). Auf dem vierten und fünften Rang folgten die Neuen Elisabeth Baume-Schneider (sp) mit 41,4% und der Christlichsoziale Laurent Schaffter (39,5%), der sowohl den dritten CVP-Vertreter Charles Juillard als auch die Bisherige Anita Rion (fdp) überholte. Damit **verlor die CVP ihre absolute Mehrheit** und die von ihr offiziell unterstützte FDP ihren einzigen Regierungssitz. Die SP hingegen gewann ein zweites Mandat hinzu, und die Christlichsozialen eroberten ihren 1994 verlorenen Sitz wieder zurück. Erstmals stellt somit die Linke die Mehrheit in der jurassischen Regierung.²

WAHLEN
DATUM: 12.11.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Aufgrund des **Abtretens dreier bisheriger Mitglieder** gestalteten sich die Wahlen zum Regierungsrat offen. 14 Kandidaten bewarben sich um die 5 Sitze. Zur Verteidigung der Sitze der scheidenden Jean-François Roth und Gérald Schaller bot die CVP 5 Kandidatinnen und Kandidaten auf. Die SP präsentierte ausser der Bisherigen Elisabeth Baume-Schneider drei weitere Kandidaten, um auch ihren zweiten Sitz halten zu können. Die Christlichsozialen traten mit dem Bisherigen Laurent Schaffter erneut an, der 2002 ihren Sitz in der Regierung zurück gewonnen hatte. Die FDP schickte sich an, den damals verlorenen Sitz mit Michel Probst zurückzuerobern. Zum ersten Mal schickte auch die SVP einen Kandidaten ins Rennen. Im ersten Wahlgang, an dem sich 51,9% der Wahlberechtigten beteiligten, erreichte niemand das absolute Mehr, aber es deutete sich bereits eine erneute Umstellung der Regierungsformel an: Überraschend gelang dem Kandidaten der FDP, Michel Probst, das drittbeste Resultat. Vor ihm lagen lediglich die beiden Bisherigen von CSP und SP. Auf den Plätzen 4 bis 7 folgten drei Kandidaten der CVP, erst dann die drei neuen Anwärter der SP. Die Sozialdemokraten zogen daraufhin ihre neuen Kandidaten zurück; bei der der CVP traten nur noch die beiden Bestplatzierten an und die SVP gab auf. Im zweiten Wahlgang verblieben damit

ausser den 5 Bestplatzierten (2 CVP, je 1 SP, CSP und FDP) nur noch 2 Bewerber, darunter Pierluigi Fedele, der für die Verbindung aus dem Parti ouvrier populaire und dem Combat socialiste (cs-pop) antrat. Der 2. Wahlgang vom 12. November bestätigte das vorangehende Ergebnis und brachte Michel Probst (fdp) mit 50,8% der Stimmen sogar die Spitzenposition. Auf ihn folgten Laurent Schaffter (csp, 48,9%) und Elisabeth Baume-Schneider (sp, 48,4%) sowie die CVP-Vertreter Charles Juillard (47,2%) und Philippe Receveur (44,2%). Recht stark abschneiden konnte Pierluigi Fedele auf dem sechsten Platz mit 30,5% der Stimmen. Damit hat die jurassische Regierung wie ihr Parlament **wieder eine bürgerliche Mehrheit**, die FDP stellt auf Kosten der SP erneut einen Regierungsrat. Die Wahlbeteiligung lag mit 47,8% etwas tiefer als bei der ersten Runde.³

WAHLEN
DATUM: 14.11.2010
MARC BÜHLMANN

13 Kandidaten auf acht unterschiedlichen Listen kandidierten für die fünf Jurassischen Regierungsratssitze. Alle **Bisherigen traten wieder an**. Die CVP präsentierte eine Liste mit fünf Kandidierenden, darunter die bisherigen Charles Juillard und Philippe Receveur. Die Christlichsozialen mit Laurent Schaffter und die FDP mit Michel Probst traten mit ihren bisherigen Kandidaten an. Die SP wollte ihren Sitz mit einer Zweierliste verteidigen, auf der die bisherige Elisabeth Baume-Schneider zusammen mit Michel Thentz gesetzt war. Herausgefordert wurden sie von der SVP, die mit dem umstrittenen Nationalrat Dominique Baettig antrat, von der PdA und vom Combat Socialiste, die gemeinsam eine Einerliste aufstellten (Christophe Schaffter Macquat) sowie vom Mouvement indépendant et sans parti du jura (ISPJ), der ebenfalls einen Kandidaten präsentierte (Alain Gebel). Auch die Grünen, die bei den Wahlen 2006 nicht für die Regierung kandidiert hatten, wollten mit Hubert Godat einen Regierungssitz erobern. Im Vorfeld der Wahlen sorgte eine Affäre um den Kommandanten des kantonalen Polizeikorps für Unruhe.

CVP-Regierungspräsident Juillard wurde die Affäre im ersten Wahlgang fast zum Verhängnis. Er lag zwar auf Platz fünf, mit rund 300 Stimmen war sein Vorsprung auf den zweiten SP-Kandidaten Thentz jedoch äusserst knapp. Die vier restlichen Bisherigen lagen auf den vorderen vier Rängen, erreichten aber alle das absolute Mehr nicht. Nur sehr knapp (um 210 Stimmen) verpasste es die SP-Kandidatin Baume-Schneider, die mit Abstand das beste Resultat erzielte (13'062 Stimmen). Keine Chance hatte Dominique Baettig (svp), der mit 4200 Stimmen lediglich das elftbeste Resultat erzielte. Im zweiten Wahlgang vom 14. November trat neben den fünf Bisherigen nur noch der SP-Mann **Michael Thentz** noch einmal an, der es schliesslich **schaffte den vor vier Jahren verloren gegangenen zweiten Regierungssitz der Sozialdemokraten zurückzuerobern**. Allerdings ging dieser Erfolg nicht auf Kosten der CVP – Charles Juillard wurde mit dem viertbesten Resultat wiedergewählt – sondern auf Kosten der CSP: Laurent Schaffter wurde mit rund 1000 Stimmen Unterschied auf Michel Probst (fdp) abgewählt. Damit gewann die SP zwar einen zweiten Sitz, an der bürgerlichen Mehrheit änderte sich jedoch nichts.⁴

WAHLEN
DATUM: 18.10.2015
DIANE PORCELLANA

Elisabeth Baume-Schneider (ps), Michel Probst (plr) et Philippe Receveur (pdc) libéraient leur siège à **l'exécutif jurassien**, alors que Charles Juillard (pdc) et Michel Thentz (ps) espéraient exercer encore leurs fonctions lors de la prochaine législature. Comme colistières et colistiers, le PS a présenté Nathalie Barthoulot et Christophe Berdat. Du côté du PDC, Martial Courtet, Gabriel Willemain, Eric Dobler et Françoise Chaignat-Arnoux ont accompagné la candidature du ministre sortant. Eric Dobler a annoncé sa candidature au dernier moment, une demi-heure avant l'heure butoir. Le PLR a proposé Jacques Gerber pour remplacer son représentant. Le PCSI, l'UDC, les Verts et le CS-POP ont chacun lancé un prétendant dans la course, à savoir David Eray (pcsi), Damien Lachat (udc), Anselme Voirol (verts) et Rémy Meury (cs-pop). Enfin, Pascal Prince, David Herdener, Aloïs Boillat, Yannick Erard et Vincent Della Ducata ont également pris part à l'élection comme membres du mouvement intitulé «Rauraque du Nord». Rassemblés pour défendre la cause de Moutier dans le canton du Jura, ils avaient «auto-boulot-dodo-impôt, plus d'apéros et rococo» comme slogan. Ils souhaitaient que le canton se dote d'une maison de la musique et de bus de nuit jusqu'à six heures du matin.

Différentes stratégies ont été mobilisées afin de récolter des voix et financer les campagnes. Nathalie Barthoulot et Martial Courtet ont lancé un site internet. David Eray a alimenté un blog historique où étaient répertoriées ses interventions et prises de position au parlement cantonal. Il a décidé de se passer de sponsor. Jacques Gerber et Charles Juillard ont notamment communiqué sur Twitter. Le premier prévoyait de

déboursé 10'000 francs de sa poche et d'organiser une recherche de fonds pour son parti. Gabriel Willemin a pu s'appuyer sur une petite association de soutien à son nom. Eric Dobler a déboursé 1'000 francs, alors qu'Anselme Voirol projetait de mettre entre 4'000 et 5'000 francs. Le mouvement Rauraque du Nord, avec quelques milliers de francs à disposition, a profité de la tribune gratuite offerte par les médias aux candidats. Enfin, le CS-POP a attendu après la campagne pour solliciter des dons privés auprès de 200 donatrices et donateurs habituels.

Lors du principal débat, il n'y a pas eu de véritable affrontement. Tout le monde était d'accord pour accueillir la ville de Moutier dans le canton. S'agissant de la composition du gouvernement, Martial Courtet a assuré que son parti ne visait pas de prendre la majorité. Les discussions ont également porté sur les investissements du canton, le développement économique et démographique, la diversification du tissu économique, l'attractivité du canton, le développement des transports et des connexions vers l'extérieur.

Avec une participation de 54.1%, Charles Juillard a recolté 12'325 voix. Il était suivi par Nathalie Barthoulot (10'159 suffrages) qui devançait le ministre sortant Michel Thentz figurant à la sixième place (8'283). Jacques Gerber est arrivé en troisième position (8'714), avant Martial Courtet (8'626). Gabriel Willemin occupait la cinquième place (8'300). David Eray se plaçait en septième position (7'404), suivi par Christophe Berdat (5'117), Françoise Chaignat-Arnoux (4'886), Damien Lachat (4'587), Eric Dobler (4'260), Rémy Meury (3'322), Anselme Voirol (2'660), Pascal Prince (743), David Herdener (623), Aloïs Boillat (601), Yannick Erard (362) et Vincent Della Ducata (340).

Occupant les cinq dernières places du classement, la Rauraque du Nord a renoncé à prendre part au second tour. Les Verts et le CS-POP, abandonnant la course, ont affiché leur soutien aux socialistes. La population jurassienne devait choisir entre Charles Juillard, Nathalie Barthoulot, Jacques Gerber, Martial Courtet, Michel Thentz et David Eray. Michel Thentz sera finalement évincé du gouvernement avec son score de 8'576 voix. Le PCSI David Eray a créé la surprise en arrivant en troisième position (11'736 voix), juste derrière Charles Juillard (12'351) et Nathalie Barthoulot (12'017). Il a bénéficié, indirectement, du soutien de l'UDC, qui prônait la représentation des trois districts à l'exécutif cantonal. Jacques Gerber, totalisant 11'159 voix, a devancé Martial Courtet (10'531 soutiens). Ainsi, le PCSI a récupéré son siège perdu en 2010. Occupé par quatre novices, le gouvernement a glissé un peu plus à droite, comme le nouveau parlement cantonal, avec 2 PDC, 1 PLR, 1 PS et 1 PCSI.⁵

Eidgenössische Wahlen

WAHLEN
DATUM: 20.10.2019
MATHIAS BUCHWALDER

Dans le **canton du Jura**, les deux sièges du **Conseil des États** étaient à repourvoir lors des **élections fédérales de 2019**. En poste depuis 2007, le socialiste Claude Hêche et la démocrate-chrétienne Anne Seydoux-Christe, n'étaient pas éligibles à un quatrième mandat selon le droit cantonal jurassien. Les Vert.e.s et l'UDC espéraient renverser l'hégémonie du PS et du PDC, qui se partagent les deux sièges depuis 1995. Pour cela, le parti agrarien a présenté le président de la section cantonale Thomas Stettler, ainsi que le vice-président Thierry Froidevaux. Les deux hommes étaient également candidats au Conseil National. De l'autre côté de l'échiquier politique, Pauline Godat et Jean-Marc Comment portaient les espoirs des écologistes jurassien.ne.s de faire pour la première fois leur entrée à l'Assemblée fédérale. La tâche s'annonçait cependant ardue: ministre depuis 2006, le grand argentier cantonal Charles Juillard s'est lancé dans la course pour les démocrates-chrétiens. Le vice-président du PDC suisse était accompagné sur la liste de son parti par la taignonne Françoise Chaignat. Du côté socialiste, l'ancienne ministre Elisabeth Baume-Schneider brigait un siège, avec pour colistière la bruntrutaine Mathilde Crevoisier-Crelier. La campagne n'a suscité que peu d'engouement, notamment car les candidatures de Juillard et Baume-Schneider ne laissaient que peu de place au suspens.

Sans surprise, Elisabeth Baume-Schneider (8'895 voix) et Charles Juillard (7'630 voix) ont été élu.e.s le 20 octobre 2019, redevenant ainsi collègues, comme lorsqu'ils étaient tous deux ministres entre 2007 et 2015, a souligné le Quotidien Jurassien. Baume-Schneider et Juillard sont pourtant arrivé.e.s loin des scores réalisés en 2015 par leurs prédécesseur.e.s, qui avaient alors reçu plus de 14'000 voix. A l'époque, la participation avait cependant été plus haute – 54 pour cent contre 41.2 pour cent en 2019 – en raison des élections cantonales qui se tenaient alors le même jour. En récoltant 5'628 suffrages, Mathilde Crevoisier-Crelier s'est placée en troisième position, suivie par Pauline Godat (4'907 voix) et Thomas Stettler (4'609 voix). La Constitution jurassienne interdisant le cumul de mandat, Charles Juillard s'est vu obligé de quitter son poste au Gouvernement, entraînant ainsi l'organisation d'une élection complémentaire pour le

remplacer.⁶

-
- 1) Bühlmann Caroni (2013). Similis simili gaudet; LT, 8.1.13; QJ, 15.1. und 17.1.13; NZZ, 18.1.13; Presse vom 29.1. und 31.1.13; QJ, 7.2.13; BZ, 28.2.13; QJ, 16.3. und 21.3.13; Bund und QJ, 13.4.13; Bund, 16.4.13; QJ, 22.4.; LT und QJ, 24.4.13; QJ, 16.5.13; Presse vom 18.5.13; NZZ und QJ, 5.6.13; BZ, 11.6.13; Presse vom 12.6.13; QJ, 26.6.13; Presse vom 28.6., 2.7. und 9.7.13; BZ, 14.8.13; Bund, 2.9.13; Presse vom 3.9.13; QJ, 5.9.13; LT, 9.9.13; NZZ, 10.9.13; Presse vom 12.9. und 13.9.13; Bund, 24.9., 30.9.13; BZ und QJ 10.10.13; Lib, 15.10.13; QJ, 17.10.13; BaZ, 18.10.13; QJ, 22.10.13; NZZ, 23.10.13; Bund und BZ, 24.10.13; Presse vom 26.10.13; NZZ und QJ, 28.10.13; Presse vom 30.10.13; NZZ, 2.11.13; Presse vom 5. und 6.11.13; LT, 9.11.13; CdT, 12.11.13; QJ, 14.11.13; LT, 15.11.13; NZZ, 20.11.13; Presse vom 25. und 26.11.13; NZZ, 28.11.13; QJ, 4.12.13; BZ, 5.12.13; QJ, 7.12. und 24.12.13.
- 2) LT, 11.2., 22.5., 15.6., 1.7., 5.9., 17.9. und 15.10.02; QJ, 18.5., 22.5., 25.5., 14.6. und 23.8.02; Presse vom 21.10.02; LT, 21.-24.10., 29.10. und 8.11.02; QJ, 21.-23.10.02; Presse vom 11.11.02.
- 3) AZ, 18.10.06; LT, 19.5., 31.5., 21.6., 11.7., 14.7., 27.9., 29.9. und 3.10.-20.10.06; NZZ, 6.10.06; QJ, 2.6.-18.10.06; 24h, LT und TA, 23.10.06; LT, NZZ und TA, 13.11.06.
- 4) QJ, 21.9.10; NZZ, 19.10.10; Presse vom 12.2. bis 22.10.; Presse vom 25.10.; Presse vom 28.10.10; QJ, 8.11.10.; Presse vom 15.11.10
- 5) Résultats 1er tour; Résultats 2nd tour; QJ, 5.5.15; QJ, 27.6.15; QJ, 17.8., 26.8., 5.9., 21.9., 22.9., 23.9., 24.9., 25.9.15; QJ, 26.9.15; QJ, 28.9., 29.9.15; QJ, 30.9.15; QJ, 1.10., 12.10.15; Lib, QJ, 19.10.15; QJ, 20.10., 21.10., 29.10.15; LT, 3.11.15; Lib, QJ, 9.11.15; QJ, 10.11.15; LT, 18.11.15
- 6) QJ, 24.1., 21.3., 26.9.19; Lib, 12.10.19; QJ, 21.10.19